



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 10. Februar 2026

Anwesend

- Vorsitz

Nino Haase

- Mitglieder

Ulrike Beckmann

Teresa Bicknell

Ellen Diehl

Sabine Eßl

Ursula Groden-Kranich

Kathleen Herr

Daiana Neher

Brunhilde Resch

Verena Sekinger In Vertretung war Jeremias Clausing anwesend

Hannah Simonis In Vertretung war Karoline Willmann anwesend

Anna-Sophie van der Broeck

Vanessa Wild

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Christine Ellrich

Dr. Gisela Hilgefort

Gabriele Hufen

Eva Jochmann

Yasmin Martina Turgut

Jennifer Schult In Vertretung für Chistiane Salzmann

Dr. Leonie Treber VAMV LV RLP

Susanne Ullrich Frauenzentrum e. V.

- Schriftführung

Felicitas Keßl

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Marika Abada

Stefanie Gorges

Zoe Kropmanns

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Tetyana Bastian

Regine Hungershausen Vertretung durch Susanne Ullrich

Dr. Angelika Jahnke

Hildegard Krämer

Christiane Salzmann Vertretung durch Jennifer Schult

Susanne Wagner

- Verwaltung

Martina Trojanowski

- Schriftführung

Kristin Eifinger

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 4. November 2025
2. Bericht über Tätigkeitsfeld Chancengleichheit am Arbeitsmarkt - Sandra Thomson, Agentur für Arbeit in Mainz
3. Bericht Gewalt gegen Kinder und Frauen einschließlich häuslicher Gewalt - Staatsanwaltschaft Mainz, Dr. Thomas Kröger
4. Personelle Situation im Frauenbüro (Gleichstellungsstelle) der Landeshauptstadt Mainz
5. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme der Niederschrift vom 4. November 2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Niederschrift der Sitzung vom 4. November 2025.

Punkt 2 Bericht über Tätigkeitsfeld Chancengleichheit am Arbeitsmarkt - Sandra Thomson, Agentur für Arbeit in Mainz

Sandra Thomson, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit Mainz, stellte im Ausschuss ihre Aufgabenbereiche sowie aktuelle Entwicklungen zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Mainz vor.

Zum 31. Dezember 2024 lag die Beschäftigungsquote von Frauen bei 56,5 %, bei Männern bei 62,5 %. Im Dezember 2025 waren 3.100 Frauen und 4.190 Männer arbeitslos gemeldet.

Im Jobcenter Mainz gab es insgesamt 10.725 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, darunter 5.266 Frauen und 5.459 Männer. Besonders betrachtet wurde die Situation von Frauen mit Fluchthintergrund. Im Dezember wurden rund 630 ukrainische Frauen im Leistungsbezug gezählt, etwa 250 davon arbeitslos. Aus Asylherkunftsländern wurden rund 1.040 erwerbsfähige leistungsberechtigte Frauen gezählt, davon 342 arbeitslos.

Im Zusammenhang mit der Teilzeitdebatte wurde auf strukturelle Rahmenbedingungen hingewiesen. Viele Frauen stünden grundsätzlich auch für Vollzeitstellen zur Verfügung, erhielten jedoch häufig überwiegend Teilzeitangebote. In Mainz arbeiteten (Stand Juli 2025) von 75.180 Frauen 40.230 in Teilzeit und 34.960 in Vollzeit. Bei den Männern arbeiteten von 69.260 Beschäftigten 18.460 in Teilzeit und 50.800 in Vollzeit.

Zudem wurde auf demografische Entwicklungen hingewiesen, insbesondere auf die Bedeutung von Zuwanderung für die Bevölkerungsentwicklung sowie auf eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen.

Abschließend stellte die Agentur für Arbeit gemeinsam mit dem Jobcenter ihre Angebote für Frauen im Jahr 2026 vor. Dazu zählen Beratungs- und Vermittlungsangebote, Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung und Bewerbung sowie verschiedene Aktionstage, darunter Equal Pay Day, Equal Care Day und Girls' Day.

Der Oberbürgermeister schlägt eine weitere Vernetzung mit den Teilnehmerinnen vor und bedankt sich bei der Referentin Frau Thomson.

Punkt 3 **Bericht Gewalt gegen Kinder und Frauen einschließlich häuslicher Gewalt - Staatsanwaltschaft Mainz, Dr. Thomas Kröger**

In der Fachabteilung 1 der Staatsanwaltschaft für Gewalt in engen sozialen Beziehungen sind derzeit sieben Staatsanwältinnen und Staatsanwälte tätig. Die Abteilung befasst sich mit der Strafverfolgung sowie dem Schutz von Opfern und Zeug*innen in Fällen häuslicher Gewalt im Sinne der RIGG-Definition. Zum Deliktsbereich zählen unter anderem Beleidigung, Bedrohung, Stalking, Freiheitsberaubung sowie körperliche Gewalthandlungen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Anzeigen häufig verzögert erstattet werden, da zwischen Betroffenen und Beschuldigten oftmals soziale oder wirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen. Dies kann die Beweisführung erschweren, etwa wenn Beweismittel fehlen oder Zeug*innen von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen. Besonders bei Sexualdelikten ergeben sich daraus Herausforderungen.

Nach Angaben des Bundeskriminalamts (Bundeslagebild 2024) sind etwa 70 % der Opfer weiblich und 75 % der Tatverdächtigen männlich. In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der angezeigten Gewalttaten um rund 15 %, während Gewalttaten mit tödlichem Ausgang um etwa 8 % zurückgingen.

Hervorgehoben wurde die enge Zusammenarbeit mit der Rechtsmedizin sowie mit der Gerichtshilfe und spezialisierten Täterarbeitseinrichtungen, die unter anderem soziale Trainingskurse anbieten. Diese Maßnahmen können zur Prävention und zur Verringerung von Rückfallrisiken beitragen.

Im Rahmen der anschließenden Fragerunde wurde unter anderem erläutert, dass der Begriff „Femizid“ keine gesetzlich definierte Kategorie darstellt, entsprechende Taten jedoch durch das bestehende Strafrecht angemessen sanktioniert werden können. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass Betroffene auf Antrag gemäß § 406d StPO über den Ausgang eines Verfahrens informiert werden können. Im Zusammenhang mit Vorstufen von Gewalt wurde auf den Straftatbestand der Nachstellung (§ 238 StGB) verwiesen.

Fazit: Gewalt gegen Frauen und Kinder wurde als gesamtgesellschaftliches Problem beschrieben, dessen wirksame Bekämpfung ein Zusammenwirken von Justiz, Politik, sozialen Einrichtungen und Kommunen erfordert.

Punkt 4 **Personelle Situation im Frauenbüro (Gleichstellungsstelle) der Landeshauptstadt Mainz**

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass für das Frauenbüro derzeit im Stellenplan 3,5 Vollzeit-äquivalenten vorgesehen sind. Darin enthalten sind eine Leitungsposition und 2,5 Stellen in der Sachbearbeitung. Von diesen Stellen befindet sich derzeit eine Vollzeitstelle in Elternzeit; und wird voraussichtlich ab Sommer 2026 wieder besetzt sein, der genaue Umfang ist noch zu klären. Eine weitere Vollzeitstelle hat Frau Keßl inne. Zusätzlich wurde eine weitere befristete Vollzeitstelle bis Ende 2027 ausgeschrieben.

Punkt 5 **Verschiedenes**

Herr Oberbürgermeister Haase teilt abschließend mit, dass am 6. März anlässlich des Weltfrauentag am 8. März eine Lesung mit anschließender Diskussion zum Thema „Wenn das Patriarchat in Therapie geht“ von und mit Katharina Linnepe in der Kulturei Mainz stattfindet. Der Leseabend bietet einen Beitrag zur Demokratiebildung, Geschlechtergerechtigkeit und Gelegenheit zur aufklärerischen Diskussion und Reflektion, eingerahmt in eine niedrigschwellige Kulturveranstaltung mit einer humorvollen, kritischen Präsentation der Autorin. Der Veranstalter ist das Frauenbündnis und wird durch das Frauenbüro gefördert.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

gez. Nino Haase

.....

Vorsitz

gez. Felicitas Keßl

.....

Schriftführung